

Wirtschaftswissenschaften und Klima

In der Ökonomie geht es im Kern um die gesamtwirtschaftlich effiziente Allokation von Ressourcen. In diesem Sinn sollte das Preisgefüge so verändert werden, dass CO₂-intensives Verhalten verteuert wird. **ROLF WEDER**

Vor nicht einmal einem Jahr hat der Verantwortliche «für neue Wirtschaftsmodelle und Zukunftsfragen» des WWF geschrieben: «In der Diskussion um das Wachstum und seine Grenzen stehen sich zwei Lager unversöhnlich gegenüber: Das eine – meist vertreten durch Ökonomen und Politiker – hält ein grenzenloses Wachstum für möglich und auch notwendig, weil sonst unsere Wirtschaft kollabieren würde (...). Die andere Seite, zu der auch ich mich zähle, argumentiert naturwissenschaftlich: Die Ressourcen auf unserer Erde sind limitiert, und es ist nicht möglich, unendlich zu wachsen» (NZZ, 19. März 2019).

Mein erster Gedanke: Es können ja nicht alle wissen, dass man in den Wirtschaftswissenschaften grundsätzlich von der Beschränktheit der Ressourcen ausgeht und betont, dass bei begrenzten gemeinschaftlichen Ressourcen (wozu zum Beispiel das Klima oder die Fische in den Weltmeeren gehören) korrigierend in den Markt eingegriffen werden muss, damit kein Marktversagen resultiert. Der im Ökonomiestudium jeweils früh gelehrt Begriff der Tragedy of the Commons (Tragödie der gemeinschaftlichen Ressourcen) spricht Bände. Mit der «Pigou-Steuer» – vor etwa hundert Jahren durch Arthur C. Pigou eingeführt – werden die Studenten im ersten Semester konfrontiert.

Als ich dann aber in der Vorlesung «Einführung in die Volkswirtschaftslehre» Ausschnitte aus dem Gespräch zwischen dem ehemaligen Generalsekretär des Club of Rome und Buchautor Graeme Maxton und dem Moderator vom Fernsehen SRF Yves Bossart zum Thema «Schafft sich die Menschheit bald ab?» diskutierte («Sternstunde Philosophie», 28. Juli 2019), merkte ich, dass da wohl doch ein verbreitetes Unverständnis zum Verhältnis zwischen den Wirtschaftswissenschaften und dem Klima herrschen muss.

Wachstum ist keine Wunschgrösse

Nachdem Maxton die heutigen Umweltprobleme nämlich auf das Wirtschaftswachstum zurückgeführt und ein neues Wirtschaftssystem auf der Basis von anderen Werten, individueller Genügsamkeit und tiefgreifenden Verboten gefordert hat, ruft der Moderator: «Sie zerstören ja den Heiligen Gral der Ökonomen: das Wachstum!» Und Maxton, der im Interview als «Ökonom» vorgestellt wird, entgegnet lachend mit «Ja» und meint, er habe (als einer der wenigen) die Einsicht gewonnen, dass das, was er bisher (auch als Angestellter beim «Economist») geschrieben und geglaubt habe, nicht (mehr) richtig sei.



«Man stelle sich vor, wir hätten vor dreissig Jahren ein Zertifikatssystem eingeführt.»

Doch damit nicht genug. Im mehrfach ausgezeichneten Film «System Error» (2018) wird diese Betrachtungsweise auf den Höhepunkt getrieben, indem die sich anbahnende Klimakatastrophe als unabwendbare Folge des kapitalistischen Systems diagnostiziert wird: Die Welt befinde sich im «Wachstumswahn» – alles werde dem Wachstum des Bruttoinlandprodukts untergeordnet, ohne Wachstum würde das System nicht funktionieren, das System bringe am Schluss sich selbst und damit auch die Menschen um. Einer, Karl Marx, habe dies schon vor 150 Jahren erkannt. Die Folge: Das marktwirtschaftlich kapitalistische System sei zu ersetzen.

Was lässt sich auf Basis der ökonomischen Theorie tatsächlich zur ganzen Problematik sagen? Einmal ist zu präzisieren, dass wirtschaftliches Wachstum – in der Regel gemessen mit der prozentualen Zunahme des Bruttoinlandprodukts (BIP) – weder eine Wunschgrösse noch irgendein höheres kollektives Ziel darstellt. Das BIP ist eine Messgrösse für das Ausmass der in einem Land produzierten Güter und Dienstleistungen, die über Märkte ausgetauscht werden. Da der Wert

von allem, was produziert wird, in Form von Einkommen an die Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, Natur) zurückfliesst, entspricht das BIP dem gesamtwirtschaftlichen Einkommen. Wachstum bedeutet also auch eine Zunahme des durchschnittlichen Einkommens, was die Bezüger erfreut. Da ein erheblicher Teil dieses Einkommens durch den Staat über Steuern umverteilt und zur Finanzierung vieler staatlicher Aufgaben herbeigezogen wird, vereinfacht ein steigendes BIP auch das Leben der politischen Akteure. Kein Wunder also, dass das Wachstum in der Praxis begrüsst wird.

Ökonomen betonen aber sehr wohl, dass das BIP kein gutes Wohlstands- bzw. Wohlfahrtsmass ist, da es für sich allein genommen zum Beispiel nichts über die Verteilung, nichts über die Umwelt und nichts über die Arbeitslosigkeit aussagt sowie Leistungen, die nicht über den Markt abgegolten werden, nicht erfasst. Deshalb wird es ergänzt um weitere Masse wie zum Beispiel den Human Development Index, Verteilungsindikatoren und vieles mehr. Ob eine Volkswirtschaft wächst, hängt nicht von einem «Wahn» ab. Das Wachstum wird langfristig von der Produktivitätsentwicklung bestimmt, die über die Arbeitsteilung und neue Ideen einen effizienteren Einsatz von Ressourcen ermöglicht. Vorübergehend kann man auch durch mehr Ressourcenverbrauch wachsen, was aber nicht nachhaltig ist, weil zum Beispiel die Ressource

Umwelt übernutzt wird. Ein solches Wachstum ist aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht nicht optimal und deshalb nicht wünschenswert.

Wenn es so etwas wie einen «Heiligen Gral der Ökonomen» gibt, dann ist dies meines Erachtens nicht das Wachstum, sondern die gesamtwirtschaftlich effiziente Allokation knapper Ressourcen. Funktioniert der Markt, können dezentrale Entscheide von Millionen von Akteuren über den Preismechanismus zu diesem Resultat führen. In einigen Fällen, die in der Theorie definiert sind, erfüllen Märkte diesen Anspruch nicht. Beim Klima sind es die Externalitäten bzw. die Art des Gutes (gemeinschaftliche Ressource), die ohne entsprechende staatliche Eingriffe zu suboptimalen individuellen Entscheidungen und damit zu einer Schädigung des Klimas führen.

1990 beschäftigten wir uns als Doktoranden und Postdocs an der Universität Basel intensiv mit der Umweltproblematik. Wir errechneten implizite Benzinsteuern (damals etwa 3 Fr. pro Liter) und dachten bspw. über ein globales Zertifikatssystem zur Beschränkung der CO₂-Emissionen nach. Dabei betonten wir, dass die Entwicklungsländer kaum ein Interesse haben würden, wenn wir sie auf ihrem damaligen CO₂-Emissionsniveau «einfrieren» würden, und verbanden das System mit einer weltweiten Pro-Kopf-Allokation der CO₂-Emissionsrechte, die verkauft und gekauft werden konnten.

Bestehendes System anpassen

Man stelle sich vor, wir hätten vor dreissig Jahren tatsächlich ein solches Zertifikatssystem eingeführt. Der individuelle Konsum, die Produkte, die Produktion, der Transport und die Freizeitaktivitäten wären heute weltweit CO₂-ärmer. Die Technologie hätte diesbezüglich wohl grosse Fortschritte gemacht. Das Wachstum wäre nachhaltiger. Es gäbe weniger Schuldzuweisungen. Die Akteure würden aus individueller Sicht «automatisch» jeweils auch fürs Klima bessere Entscheide fällen. Die weltweite CO₂-Emissionsmenge wäre geringer.

Wenn wir weiterhin eine relativ grosse individuelle Freiheit im Verhalten erlauben wollen, dann müssen wir als Kollektiv endlich das Preisgefüge so verändern, dass CO₂-intensives Verhalten verteuert wird. Mit anderen Worten, wir setzen uns innerhalb des bestehenden Systems für nachhaltige Spielregeln ein, optimieren dann aber individuell innerhalb dieser veränderten Regeln. Tun wir dies nicht, besteht die Gefahr, dass uns entweder eine Koalition von Gruppierungen ein freiheitsfeindlicheres System aufzwingen wird – mit dem Argument, dass dies die einzige Rettung sei. Oder wir rennen dann wirklich gegen die Wand. Beides sollten wir nicht geschehen lassen.

Rolf Weder ist Professor für Aussenwirtschaft und Europäische Integration an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel.

Gefährlich

Was ist Wahnsinn? Immer wieder das Gleiche tun und andere Ergebnisse erwarten.

So sagte es Albert Einstein. Das Schweizer Volk lehnte 2006 die linke «Kosa-Initiative» ab, die verlangte, aus dem Gewinn der Schweizerischen Nationalbank SNB die AHV zu alimentieren.

Die SNB wehrte sich damals mit dem zeitlos gültigen Argument, es sei riskant, die Geldpolitik mit der Finanzierung eines Sozialwerks zu vermengen; dadurch würde ihre Unabhängigkeit untergraben und das Vertrauen in ihre Geldpolitik und die Stabilität des Frankens aufs Spiel gesetzt.



MANFRED RÖSCH
Ressortleiter
zum Thema
SNB und AHV

Was wirtschaftspolitisch Wahnsinn bleibt, kann abstimmungspolitisch im zweiten Versuch jedoch klappen;

Demokratie findet nicht im Labor statt. Seinerzeit wurde die «Kosa-Initiative» mit 58% abgelehnt. Nunmehr, da die AHV, wie längst absehbar, in Nöte gerät und das Negativzinsregime auf breiter Front zunehmend Unwillen gegen die SNB weckt, könnte eine solche vermeintlich kostenlose Kur beim Souverän Chancen haben (dass die AHV sich mit einer solchen Zusatzfinanzierung noch weiter vom Versicherungsprinzip entfernte – wen kümmert's). Kein Wunder, dass der dieser Tage ausgewiesene massive Jahresgewinn 2019 in der Politik sofort Appetit angeregt hat.

Die Linke ist ohnehin dafür, auch manche Kräfte in der Mitte plus nun die SVP: Die strukturellen Probleme der AHV anzupacken, würde ja Wählerstimmen kosten. Bleibt bloss die Hoffnung, die SNB möge bald schlechte Jahresabschlüsse vorlegen. Sonst könnte es passieren, dass sie von Staates wegen dazu gezwungen wird, Jahr für Jahr Gewinn zu erwirtschaften. Was Wahnsinn wäre.

Investieren leicht gemacht

FuW | Die Analyse
Das Schweizer Aktienresearch

«Die Analyse» umfasst Aktienanalysen und Anlageempfehlungen zu den wichtigsten an der Schweizer Börse kotierten Unternehmen. Das Research der «Finanz und Wirtschaft» bietet eine klare Einschätzung mit den Einstufungen «Kaufen», «Halten» und «Verkaufen» zu einem Bruchteil der marktüblichen Kosten. Alle Analysen sind in einer Online-Datenbank und als druckoptimierte PDF-Dokumente zugänglich. E-Mail-Benachrichtigungen informieren sofort bei Empfehlungsänderungen. Mehr Informationen auf analyse.fuw.ch



Zum FuW-Risk-Portfolio aus Schweizer Aktien gesellt sich neu das Value-Portfolio mit einer internationalen Ausrichtung. Beide Aktienkörbe werden seit Jahren in der «Finanz und Wirtschaft» publiziert und haben einen langen Erfolgsausweis. Jetzt können Anleger direkt in die Portfolios investieren, und zwar mit den Anlagezertifikaten, die an der Börse SIX Swiss Exchange gehandelt werden. Mehr Informationen auf fuw.ch/invest

Es droht Arbeitskräftemangel

Demografie ist auch für Arbeitsmarkt ein Thema. **PETER MORF**

Der schweizerische Arbeitsmarkt befindet sich in einem guten, sogar sehr guten Zustand. Das betonte Boris Zürcher, Leiter der Direktion für Arbeit des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco, an seiner Jahrespressekonferenz am Freitag. 2019 ist die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf 2,3% gefallen, den niedrigsten Stand seit 2001. Die Zahl der Beschäftigten ist seit 2010 um fast 0,5 Mio. Personen gestiegen, und die Erwerbsbeteiligung ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Zugleich ist die Arbeitslosenversicherung, die noch vor wenigen Jahren unter enormen Schulden stöhnte, in der Zwischenzeit schuldenfrei.

Diese Erfolgsmeldungen bedeuten jedoch nicht, dass der Arbeitsmarkt auf unabsehbare Zeit hinaus gesund bleibt und kein Thema mehr ist. Ganz im Gegenteil: Die demografische Entwicklung, also die Alterung der Bevölkerung, die sonst stets und zu Recht als Bedrohung für die Altersvorsorge gesehen wird, wird auch für den Arbeitsmarkt zu einer grossen Herausforderung.

Nach den Angaben des Seco gehen die geburtenstarken Jahrgänge vor allem der Sechzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts allmählich in Pension. Diese Jahrgänge sind wesentlich grösser als die in den Arbeitsmarkt nachrückenden jungen Jahrgänge – und zwar seit Jahren und noch für Jahrzehnte. Die Differenz dürfte gemäss Seco etwa 2028 mit rund 40 000 Personen den Höhepunkt erreichen. Sie verringert sich nur langsam, noch 2035 dürften mehr als 20 000 Personen mehr in Pension gehen als nachrücken.

Zur Kompensation gibt es drei Möglichkeiten. Erstens eine Steigerung der Arbeitsmarktbeteiligung. Das Potenzial allerdings dürfte in der Schweiz weitgehend ausgeschöpft sein. Die Erwerbsbeteiligung liegt hierzulande über 84% – ein international rekordverdächtiger Wert.

Eine zweite Möglichkeit besteht in der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Auch hier sind die Möglichkeiten begrenzt. Erstens ist das Niveau bereits hoch, und zweitens sind allfällige Steigerungseffekte in einer Dienstleistungsgesellschaft naturgemäss gering. Sie werden kaum ausreichen, um die demografische Lücke zu schliessen.

Bleibt schliesslich die Möglichkeit der Zuwanderung aus dem Ausland. Ein beträchtlicher Teil der neu geschaffenen Stellen der vergangenen Jahre konnte nur so besetzt werden. Damit rückt die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» in den Fokus. Der von der SVP lancierte Vorstoss, der voraussichtlich im Mai dieses Jahres zur Abstimmung gelangen wird, will die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen – und damit das ganze erste Paket der bilateralen Verträge.

Ein Ende der Personenfreizügigkeit müsste in der Schweiz rasch zu einem markanten Arbeitskräftemangel führen. Die Produktion der Wirtschaft würde entsprechend nachgeben. Die folgende Ausserkraftsetzung der Bilateralen I würde das Ganze zusätzlich verschlimmern. Der Arbeitsmarkt würde sehr rasch aus dem Lot geraten, den sehr guten würden sehr schlechte Jahre folgen.

Aktuell auf www.fuw.ch



Basilea übertrifft das Umsatzziel leicht

Das Biotech-Unternehmen hat 2019 den Umsatz 1% auf 134 Mio. Fr. gesteigert. Mit dem Ergebnis übertrifft Basilea das Zielband von 128 bis 133 Mio. Fr. Die Einnahmen mit den zwei eigenen Medikamenten Cresemba und Zevtera stiegen 39% auf 114 Mio. Fr. Budgetiert waren 105 bis 110 Mio. Fr. Die detaillierten Jahresresultate folgen am 18. Februar.

www.fuw.ch/110120-1

UBS beruft Kandidaten für Verwaltungsrat

Wechsel im Verwaltungsrat (VR) der Grossbank UBS: An der Generalversammlung sollen Nathalie Rachou und Mark Hughes die bisherigen David Sidwell und Isabelle Romy ersetzen. Rachou ist auch im VR der französischen Bank Société Générale. Hughes war Risikochef der Royal Bank of Canada.

www.fuw.ch/110120-2

CEO ist ein Job für alte, weisse Männer

Um den Topjob in einem Schweizer Konzern zu landen, braucht es viel Sitzleder – und das richtige Geschlecht. Vierzehn Jahre sind die Manager durchschnittlich im Amt, bevor sie sich Chief Executive Officer (CEO) nennen dürfen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Beratungsunternehmens Heidrick & Struggles.

www.fuw.ch/110120-3

Arbeitslosigkeit steigt geringfügig an

In der Schweiz hat sich die Situation am Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr weiter aufgeheitelt. Die Arbeitslosenquote liegt so tief wie zuletzt vor rund zwanzig Jahren. Im Dezember nahm die Arbeitslosigkeit allerdings saisonbedingt von 2,3 auf 2,5% zu, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) am Freitag mitteilte.

www.fuw.ch/110120-4

ETF-Branche dürfte 2020 stark wachsen

Der Dezember bescherte den Exchange Traded Funds (ETF) den zweitbesten Monat ihrer Geschichte. So flossen diesen börsennotierten Fonds 85,5 Mrd. \$ zu. 2020 dürfte die Branche erneut stark wachsen – auch weil Investoren mit der vergleichsweise jungen Anlageform immer vertrauter werden.

www.fuw.ch/110120-5